

Redebeitrag

Plenum, 14. Dezember 2015

Haushaltsdebatte

-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Werte Bürger -
Meine Damen und Herren,

jedes Jahr zur Adventszeit, wenn draußen die geschmückten Häuser ins Auge fallen, wenn der Duft von Glühwein und Weihnachtsgebäck einem allorts begegnet, wenn Kinderaugen erleuchten und in Erwartung sind, dann wird diese besinnliche Zeit hier im Hause durch Streitgespräche zwischen Opposition, Mehrheit und Regierung, wobei man letztere in einen Topf werfen kann, empfindlich gestört.
Die Haushaltsdebatten haben begonnen.

Wer am Ende Recht behält, ist für den Bürger nur schwer nachzuvollziehen.

Man kann auch nicht von einem echten Schlagabtausch sprechen.
Nein, Zahlen und Zahlen wirren im Raum,
Zahlen welche immer größer werden,
die einen sprechen von horrenden Schulden, die anderen von einer vernünftigen Finanzpolitik und von verkraftbaren Verpflichtungen,
es ist ein Wirrwarr und richtig durchblicken tun nur die Wenigsten.

Aber worum geht es eigentlich bei einer Haushaltsdebatte?

Es geht um das anvertraute Geld der Bürger und wie man damit umgeht.

Nur, leider redet man viel zu wenig oder kaum über diese zwei Elemente,
einmal über den Ursprung der Gelder und einmal über die wichtigsten Personen,
die Menschen, die Bürger der DG.

Fraktion im PDG V.o.G.

Nein, man tut so als ob alles selbstverständlich ist.
Es ist selbstverständlich, dass dieses Geld da ist,
und selbstverständlich, dass man selbst entscheidet was man damit macht,
ob der Bürger dies so will, ist eine andere Sache.

Der hat uns doch gewählt, naja, er hat ihnen und uns eine ehrbare Aufgabe erteilt,
ihn als Volksvertreter zu vertreten.

Wie man mit dieser Aufgabe umgeht, ist eine Entscheidung welche jeder selbst für sich
festlegt,
wobei, einige überlassen diese Entscheidung der Koalition,
oder der Partei, andere sprechen hier frei in ihrem Namen.

Meine Damen und Herren,

wir sollten uns zu aller erst die Frage stellen:
Was will der Bürger? Was möchten die Menschen da draußen?

Hierzu macht man ab und zu schon mal eine Befragung.

Die letzten welche die DG Regierung in Auftrag gegeben hat, hat einiges klar zu erkennen
gegeben.

Die Mehrzahl der Bürger möchte zum Beispiel keine weiteren Zuständigkeiten für die DG.

Wie geht man mit diesem Wissen um?
Man kann dies so sehen wie einst der ehemalige Ministerpräsident es gesagt hat:
„Hier ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten“,
also möchte man den Menschen vorgeben was sie für gut zu empfinden haben.

Oder man beschäftigt sich seriös damit.

Der Föderalismus in Belgien und insbesondere die letzte Staatsreform, hat die Bürger in
vielen Bereichen nicht entwirrt sondern Verwirrung geschaffen, ich darf nur an das Ausfüllen
der Steuererklärung erinnern.

Fraktion im PDG V.o.G.

Ja, Föderalismus macht in vielen Bereichen Sinn und ja es ist gut, dass wir in verschiedenen Bereichen selbst hier in der DG bestimmen können, was wir mit den Geldern der Bürger machen.

Aber der Föderalismus hat auch seine Schattenseiten, vor allem dann wenn nicht Pragmatismus im Vordergrund steht, sondern politische Forderungen und Machtspiele der Parteien.

Niemand kann bestreiten, dass dies in den letzten Jahrzehnten in Belgien der Fall war. Schauen wir uns hierzu einfach mal ein paar Zahlen an.

So z.B. die Statistiken zur Staatsquote.

Also die Ausgaben des Staates prozentual zum Bruttosozialprodukt.

1960 betrug die Staatsquote in Belgien 30,6 %

1980 waren es dann schon über 50 Prozent

Und im Jahre 2014 lag sie bei 54 Prozent und erreicht damit wieder einen Spitzenplatz in Europa, ja in der Welt.

Der Durchschnitt in der EU liegt bei 48 %

Der Durchschnitt der OECD Länder liegt bei 42 %.

Interessant ist der direkte Vergleich zu anderen Föderalstaaten.

Als Beispiel, die Schweiz.

Oft wird seitens der Mehrheit versucht Vergleiche zu Schweizer Kantonen zu ziehen, auch wurde die Schweiz verschiedene Male seitens des ehemaligen Ministerpräsidenten besucht. Aber welche Erkenntnisse wurden von diesen Reisen mitgebracht?

Die Schweiz hat 26 Kantone, welche in vielen Bereichen autonom entscheiden können und

die Schweiz hat vier Amtssprachen

und die Staatsquote in der Schweiz beträgt 34 Prozent.

Also mehr als ein Drittel weniger.

Natürlich ist es schwer die Staatsquote zu deuten und von Land zu Land sind Unterschiede verständlich.

Auch streiten sich Ökonomen und Wissenschaftler über die Bedeutung.

Und ja, es ist verständlich, dass heute die Staatsquote höher ausfällt als 1960, da weitaus mehr Transferzahlungen durch den Staat geleistet werden, so z.B. bedingt durch den demografischen Wandel oder die erhöhte Arbeitslosigkeit oder andere Sozialleistungen.

Und so ist bei unseren Nachbarländern ein ähnlicher Anstieg in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen, wobei Belgien immer mit ganz oben liegt.

Die Frage ist nur, was ist berechtigt z.B. Leistungen des Staates an die Bürger und was ist unberechtigt, durch aufgeblähte politische Apparate und unnötige Bürokratie.

Sicherlich ist ein vernünftiges Bildungssystem wichtig und dies kostet Geld. Nur werden die Gelder auch immer sinnvoll eingesetzt?

Belgien gibt etwas mehr als die OECD Länder im Durchschnitt für Bildung aus, wobei dies sicherlich unterschiedlich pro Gliedstaat ist und einige sagen werden, hier in der DG geben wir prozentual am meisten aus.

Wobei für ganz Belgien der Unterschied im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in diesem Bereich, im Verhältnis zur Schweiz nicht so groß ist und im OECD Durchschnitt liegt.

Woher kommt der Unterschied denn.

Ebenso sind die Renten im EU Vergleich eher gering. Die Pensionsausgaben liegen unter dem europäischen Durchschnitt. Die Arbeiter und Angestellten Pensionen sind niedriger als in Nachbarländern.

Die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit jedoch sind höher als in den meisten EU Ländern, auch der Sozialschutz kostet mehr und mehr Geld.

Trotzdem klagen die öffentlichen Sozialhilfezentren über eine steigende Anzahl von Bedürftigen. Die Armut steigt in Belgien und auch in der DG.

In vielen Bereichen lässt die Infrastruktur zu wünschen übrig. Wir haben mit die schlechtesten Straßen Europas.

Auch schafft der Staat es nicht elementare Dinge anzuschaffen, ohne dass der Bürger zusätzlich spendet, so z.B. müssen Spenden gesammelt werden um Rettungsfahrzeuge anzuschaffen, der Rettungshubschrauber für unser Gebiet, entstammt aus einer privaten Initiative und ist ebenfalls auf Spenden aus der Bevölkerung angewiesen.

Also kommt ein Teil des Geldes nicht beim Bürger an.

Aber was zahlt der Bürger? Zahlt er so wenig, dass sich der Staat keine Rettungsfahrzeuge leisten kann?

Schauen wir uns hierzu die Bedeutung eines Gedenktages an und vergleichen wir dies mit einigen anderen Ländern.

Wissen Sie was der 23 Juni in Schweden, der 30 Juni in Italien und der 6. August in Belgien im vergangenen Jahr gemeinsam hatten?

Es handelt sich um den Steuerzahlergedenktag.
Tja hier im Hause feiert man den nicht.

Manche nennen es auch den
Staatsverbindlichkeitenbefreiungstag,
aber den wenigsten ist an diesem Tage zum Feiern zu Mute.

Im englischen heißt er: Tax Freedom Day und bezeichnet das Datum, ab dem der durchschnittliche Steuerzahler sein Einkommen nicht mehr an den Staat weitergeben muss. Hat man also bis zum TFD 100% seines Einkommens der öffentlichen Hand gewidmet, so darf man in Belgien ab dem sechsten August für die eigene Tasche arbeiten.

Man kann dies auch als Indikator für die Entwicklung einer Volkswirtschaft bezeichnen. Auf plakative Weise kann so die Effizienz eines Staatshaushalts dargestellt werden.

Für den auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre weniger geübten Staatsbürger bietet die Berechnung des TFD eine leicht verständliche Basis für die Einschätzung seiner persönlichen Kosten-Nutzen-Staatsbilanz.

Also der durchschnittliche belgische Arbeiter oder Angestellte arbeitet bis zum sechsten August eines Jahres für das Allgemeinwohl, beziehungsweise versuchen Einige ihm dies so zu verkaufen.

Interessant ist, dass in den letzten Jahrzehnten dieser Tag immer mehr in den Sommer gerückt ist, jetzt schon im August und wenn sich nicht bald etwas Richtiges ändert, wird er bald im Herbst stattfinden.

Fassen wir diese Informationen mal zusammen.

Der Belgier arbeitet europaweit am meisten für den Staat, bekommt dafür eine unterdurchschnittliche Rente und feiert als Letzter seinen Steuerzahlergedenktag. .

Er hat aber wohl die meiste Anzahl an Volksvertretern, wenn man alle Institutionen mit einbezieht, und natürlich prozentual die meisten Minister.

Magritte hätte sicherlich ein passendes Bild dazu gemalt, mit dem Titel: „Ceci n'est pas logique.“

Und die Bürger fragen sich: Was machen die eigentlich mit unserem Geld.

Woran hapert es?

Tja, an den Verantwortlichen in den Regierungen!

Auch wenn man auf föderaler Ebene in den letzten Jahren im öffentliche Dienst, Stellen gestrichen und Personal abgebaut hat, so wurden in den Gliedstaaten hunderte von Menschen neu eingestellt.

Und pro Einwohner belegt Belgien hier auch wieder einen Spitzenplatz. Prozentual haben wir fast die meisten Staatsbediensteten.

Zuständigkeiten wurden bei Staatsreformen übertragen und der Föderalstaat spart auch oder versucht es, aber trotzdem haben wir immer noch viel und zu teure Kostenapparate welche direkt dem Bürger nichts nutzen.

Und jetzt eine Frage und dann sind wir beim Haushalt der DG.
Wie geht man in der DG mit diesem Thema um?

Leider ist aus den Redebeiträgen der meisten Kollegen herauszuhören, dass dies sie nicht so bedrückt, man denkt eben nicht volkswirtschaftlich, man denkt nur an sich.

Aber wie heißt es so schön: „Wir dürfen nicht nur uns selbst sehen.“

Hierzu eine treffende Aussage des Herrn Paasch aus der vergangenen Legislaturperiode, als er noch Beschäftigungsminister war:

Er sagte: “Wir treten zuerst einmal als Arbeitgeber auf.“
Und das spiegelt auch noch heute seine Regierungsarbeit wieder.

Der Beamtenstand wird immer wieder lobend hervorgehoben.
Bereits heute gibt es Privilegien welche in der Privatwirtschaft undenkbar sind.
Die berühmte 30-Krankheitstage-Regelung, welche im Unterrichtswesen, abgeschwächt wurde, aber in vielen Diensten noch besteht.

Zusätzliche regionale Feiertage, als ich dies mal ansprach, versuchte Herr Paasch, wie so oft, mir die Worte im Munde herum zu drehen und sagte erbost und lautstark, wir sind gar nicht für die Feiertage zuständig – natürlich nicht!

Und das hatte ich auch nie angesprochen, ich hatte lediglich das Beispiel einer DG Gemeinde genommen, welche vor einigen Jahren einen regionalen Feiertag gestrichen hatte, denn man muss wissen, in vielen Diensten werden den Mitarbeitern zu den gesetzlichen auch noch regionale Feiertage gegeben, ich glaube in Eupen sind dies bei einigen ca. 8 pro Jahr.

OK, wenn alles gut läuft kann man darüber reden, nur es läuft eben nicht alles rund.

Und nochmals, das Geld muss von den Unternehmern, den Arbeitern und Angestellten in der Privatwirtschaft zuerst einmal erwirtschaftet werden, abgesehen von den direkten Steuern welche alle zahlen.

Und immer wieder bestätigen die meisten anderen Fraktionen ihre Haltung dazu.
Wenn hier im Parlament ein neuer Dienst geschaffen wird und eine Person mehr eingestellt wird, dann unterstützt man dies.

Meine Damen und Herren,
mal ehrlich wo soll dies noch hingehen?

Ich erinnere mich noch gut daran, an die damalige Diskussion, vor einigen Jahren zum Krisendekret, wo Mehrheitskollegen klar und deutlich erklärten, dass die 30-Tage-Krankheits-Sonderregelung absolut nicht mehr zeitgemäß ist, es war sogar ein Vertreter der Sozialistischen Partei der dies bemerkte. Stimmt, und deshalb sollte man dies, da wo die DG es kann, gänzlich abschaffen.

Auch ein Wort zu den Gewerkschaften, insbesondere zu den Diskussionen wenn es um Abänderungen im öffentlichen Dienst geht.

Das bestehende System im öffentlichen Dienst ist in der jetzigen Form, nicht mehr tragbar, ja bald auch nicht mehr finanzierbar, und hier sollte man sich Gedanken machen wie man dies effizienter gestalten kann, anstand an alten Privilegien festzuhalten, wobei wir nicht zwangsläufig für Privatisierungen sind.

Was das Unterrichtswesen angeht glaube ich, dass in der Mehrheit einige dies ähnlich sehen, sich aber nicht trauen dies anzusprechen. Mein Kollege, Alain Mertes, hatte den Unterrichtsminister im Ausschuss darauf angesprochen. Welcher dies grundsätzlich ähnlich sah, jedoch heftige Forderungen seitens der Gewerkschaft befürchtete. Meine Damen und Herren, es geht hier nicht nur um Privilegien es geht um Möglichkeiten, die Mitarbeiter in den Diensten und den Schulen fair und richtig zu bezahlen und veraltete, ja verkrustete Systeme durch neue zu ersetzen.

Vielleicht traut sich der ein oder andere ja doch und spricht dieses Thema offen an.

Meine Damen und Herren,

schaun wir uns hierzu einige Zahlen aus dem Haushalt der DG an, welche die Haltung der Regierung verdeutlichen.

Zwischen 2014 und 2016 stieg der Haushalt des Parlamentes um 1,4 Millionen Euro. Im gleichem Zeitraum stiegen die Ausgaben für die Regierung um 454.000 €, fast 15 Prozent.

Im Ministerium stiegen die Ausgaben um fast 6 Millionen Euro.

Auch ca. 15 Prozent.

Fraktion im PDG V.o.G.

Alleine die Personalkosten stiegen im Ministerium von 2014 bis 2016 um knapp 1,9 Millionen Euro mehr als 17 Prozent!

Und dabei waren die Zahlen schon enorm hoch und sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen.

Gut lassen wir dies mal so stehen.

Die Regierung wird argumentieren, dies hat mit der Mehrarbeit durch die Staatsreform zu tun, nur die Frage ist ob die Summen anderenorts eingespart werden?

Und hat man versucht Einsparungen zu machen?

Wie sagte es so schön Herr Paasch bei der Haushaltsvorstellung:

„... wir geben das Geld eben nicht einfach nur deshalb aus, weil wir es könnten, dürften oder weil es uns zur Verfügung steht. Nein, wir drehen bei jeder einzelnen Ausgabe jeden Euro mindestens zweimal um.“ weiter heißt es: „Wir gehen also sorgsam mit jedem einzelnen, uns anvertrauten Euro um.“

Rhetorisch gar nicht mal so schlecht.

Mein Kollege und ich und sicherlich viele Bürger auch mussten schon schmunzeln, als wir dies hörten. Einige haben sicherlich auch lauthals gelacht.

„Jeder Euro wird mindestens zweimal umgedreht...“ hier in der DG, in der Gospertstrasse.

Herr Paasch wieso sagen Sie so etwas wenn es nicht stimmt.

Die Regierungsmannschaft mit allen ihren Kabinettsmitarbeitern, oder all die Leute im Ministerium, mein Kollege Mertes hatte doch Beispiele dazu gebracht. Warum hat die Regierung immer noch keinen Fahrdienst, sondern jeder einen Wagen mit Chauffeur.

Warum sind die bereits hohen Kosten der Regierung um weitere 15 Prozent angestiegen?

Vielleicht hat Herr Paasch sich auch gar nichts Schlechtes dabei gedacht als er das sagte. Vielleicht hat er sich einfach schon so weit von der Realität entfernt, dass er gar nicht weiß was es heißt, den Euro zweimal herum zudrehen.

Und wie würde es aussehen wenn Sie jeden Euro nur einmal umdrehen würden?
Mal ehrlich, das glaubt Ihnen niemand und wenn, dann empfehle ich die rosarote Brille ausziehen.

Nein, das entspricht nicht der Realität und selbst wenn einige so tun und versuchen es zu glauben, die Bürger glauben ihnen das nicht.

Reden wir weiter vom Ursprung der Gelder:

Was zahlt der Bürger und was bekommt er dafür.

Hat man überhaupt probiert mit den vorhandenen Mitteln, mit den bestehenden Ressourcen das Möglichste zu machen?

Ich darf Sie daran erinnern, die Vivant Fraktion hat in der vergangenen Legislaturperiode mit geringsten Mitteln auskommen müssen und wir sind ausgekommen, haben gute Oppositionsarbeit gemacht und der Bürger hat dies entsprechend honoriert.

Es geht also auch anders, auch andere Länder zeigen, dass sie mit bedeutend weniger Steuern auskommen und die Bürger sich wohl dabei fühlen.

Nehmen wir als Beispiel den Human Development Index zu Deutsch Index für die humane Entwicklung, welcher , anders als der Ländervergleich der Weltbank, das Bruttonationaleinkommen pro Kopf und ebenso die Lebenserwartung und die Bildungsdauer berücksichtigt.

Interessant ist, dass Länder mit einer niedrigen Staatsquote die obersten Plätze belegen, wie Australien und die Schweiz.

Ja auch hier kann man nicht direkt vergleichen, nur Deutungen kann man machen. Da der Index auch wesentliche Aspekte nicht berücksichtigt und sich zu stark am Einkommen orientiert. Belgien belegt auch einen relativ durchschnittlichen Platz, und steht an 21 Stelle.

Trotzdem sollten wir uns hiermit auseinandersetzen.

Fraktion im PDG V.o.G.

Denn für das was der Bürger zahlt, für all die Verwaltungseinheiten und Ebenen welche es gibt, so scheint all die Arbeit der vielen Regierungen und all der Parlamentarier das Wohlbefinden der Bürger nicht zu stärken.

So kann man zumindest diese Zahlen deuten.

Ein weiteres Element, welches ich in den vergangenen Jahren immer wieder analysiert und hervorgehoben habe ist die enorme Verschuldung unseres Landes.

Ja, auch sie steigt weiter, ein wahrer Gipfelstürmer die belgische Staatsschuld.

Die Staatsschuld beträgt aktuell mehr als 437 Milliarden Euro, das heißt jeder Belgier der geboren wird, trägt bereits eine Last auf seinen Schultern und diese Last, in Zahlen ausgedrückt, beträgt 38 830,13 € Pro Kopf Verschuldung – auch wieder ganz oben in der Liste.

Nur Irland steht in diesem Vergleich vor Belgien.

Die Pro Kopf Verschuldung ist in Belgien höher als in Italien und auch höher als im viel beschriebenen Pleite Land Griechenland.

Und liegt 60 Prozent über dem Durschnitt der 28 EU Länder.

Nein, meine Damen und Herren, darauf können die mehr als 50 Minister in unserem Lande nicht stolz sein.

Hierzu gibt es eine sehr detaillierte und klare Internetseite.

<http://www.haushaltssteuerung.de/schuldenuhr-belgien.html>

Gehen wir nun wieder über zur DG – und schauen uns hierzu einige Zahlen aus dem Haushalt an zur Verschuldung hier vor Ort.

In meiner Jungferrede, vor 6 Jahren, hatte ich einige Zahlen und Prognosen zur Verschuldung der DG angesprochen. Als Karl-Heinz Lambertz die Regierung 1999 übernahm lag die Schuld der DG bei 31,7 Millionen Euro, ja das waren noch Zeiten!

Ich ging anhand der Zahlen welche mir damals vorlagen von einer Gesamtverschuldung für das Jahr 2015 von ca. 370 Millionen Euro aus.

Ich lag damit gar nicht mal so falsch. Soviel zu den Prognosen von Vivant.

Ich hatte vor kurzem nochmals der Klarheit halber, nachgefragt, nachzulesen
Im Bulletin – Interpellation und Fragen Nr. 11 – ab Seite 52 –
Es handelt sich um die Schriftliche Frage Nr. 49 – bitte nachlesen.
Demnach belaufen sich die Gesamtschulden der DG zum 30-06-2015
auf mehr als 387 Millionen Euro.

Die Summe entspricht in etwa 120 % der Einnahmen der DG.

Der Belgische Staat ist im Verhältnis zu seinen Einnahmen zu 208% verschuldet, was in etwa 106% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt entspricht.

Interessant ist, wenn man hierzu folgende Zahlen betrachtet.

Schauen wir uns mal die Verschuldung der Gemeinden in der EU und in Belgien an.
Die aktuellsten Statistiken sind aus dem Jahr 2013.

Im Jahre 2013 betrug das Verhältnis der kommunalen Schulden im Verhältnis zu den kommunalen Einnahmen im Durchschnitt für alle 28 Länder der EU
54 %.

Die belgischen Gemeinden bezogen hier wieder einen Spitzenplatz mit 81 % Verschuldung zu ihrem Einkommen, da drüber stehen nur Portugal und Zypern.

Ein direkter Vergleich zur DG, ist schwierig und nicht ganz naturgetreu, da es ganz andere Zuständigkeiten gibt aber:

Wenn ein Gliedstaat wie die DG, der zu 100% auf die Einnahmen anderer angewiesen ist, selbst zu 120 % im Verhältnis zu seinen Einnahmen verschuldet ist, und diese Summe mehr als doppelt so hoch ist wie die durchschnittliche Verschuldungsquote aller Gemeinden in der EU, und der zuständige Finanzminister dies in seiner Regierungserklärung und in sämtlichen Veröffentlichungen zum Haushalt außen vor lässt bzw. gänzlich ignoriert und die Zahlen klein redet dann heißt dies eigentlich genug.

Sie wissen doch. „Bedeutsam ist nicht das was Regierungsmitglieder sagen, bedeutsam ist das was sie uns verschweigen!“

Quelle: <http://www.haushaltssteuerung.de/weblog-eu-vergleich-kommunale-schulden-im-verhaeltnis-zu-den-kommunalen-einnahmen.html>

So viel zu den Milchmädchenrechnungen, welche Herr Velz hier des Öfteren bringt, eben wieder von sich gegeben hat und Ihrem tollem Video thematisiert.

Ich hab natürlich alle Quellen dabei, damit sie dies schön nachrechnen können.

Fassen wir wieder zusammen:

Die Pro Kopf Verschuldung in Belgien liegt 60 Prozent über dem EU Durchschnitt und liegt VOR Italien und Griechenland.

In absoluten Zahlen erreicht die Staatsschuld immer neue Gipfel.

Und die DG ist im Verhältnis zum Einkommen, doppelt so hoch verschuldet wie der Durchschnitt der Gemeinden in Europa.

Und noch etwas: das Geld, welches der DG zur Verfügung steht, ist teilweise gar nicht da, dafür muss der Föderalstaat sich verschulden.

Es gibt bekanntlich Defizite im Milliarden Bereich.

Und dabei ist der Belgier Europameister im Steuerzahlen und darf am längsten in Europa für den Staat arbeiten.

Auch hier hätte Magritte sicherlich ein treffendes Bild gemalt:

Mit dem Titel: „L'absurdité belge.“

Nein, da ist kein schmunzeln angebracht –

Die Lage ist ernst –

Denn Eigentlich bräuchten wir ein Sparbuch, einen Fonds, für die ganzen Herausforderungen die vor uns stehen.

Aber die Kassen sind leer!

Man hat das Geld des Bürgers veruntreut! Ja so muss man es zusammenfassen.

Wir alle wissen was bevor steht.

Es gibt riesige Herausforderungen denen wir uns stellen müssen:

Der demographische Wandel –

Die Flüchtlingsproblematik –

Die Bürger fühlen sich zunehmend krank –

Es fehlt an bezahlbarer Arbeit –

Und die absehbaren Folgen des Fiskalpaktes – werden auch unsere Gemeinde treffen.

Meine Damen und Herren, das Denken und Handeln der Regeirung in dieser Sache ist vom

„Gestern“ geprägt,

ihre Politik arbeitet immer noch mit den Mitteln von gestern.

Ja, politisch leben sie im Gestern.

Einstein hat hierzu treffend gesagt:

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Aber das wird versucht –

Man häuft immer weiter Schulden an,

man nennt Sie anders, oder bezeichnet sie anders,

aber es sind Verpflichtungen – und sie müssen bezahlt werden.

Und die DG hat auch kein Sparbuch, nein man bedient sich eines Kassenkredites, und dieser steht Millionen im Minus.

Gut jetzt werden einige am Fernseher sitzen und denken,

über was redet er gerade, meine Rente kommt pünktlich,

unsere Kinder haben gerade ein Haus gebaut, die Rate ist verkraftbar,

Arbeit haben die meisten auch, übertreibt der nicht wieder?

Nein, lesen sie die Zahlen einfach nach und machen sie die Augen weit auf.

Das alles funktioniert nur, durch ein kompliziertes Kreditgeldsystem und einer immer weiteren Verschuldung der Staaten.

Die Süße Droge Schulden, hat die Staaten und die Menschen im Griff!

Aufgrund der derzeit niedrigen Zinssätze wird der Zusammenbruch des Finanzsystems verzögert, aber nicht verhindert.

Dieses System ist zeitlich begrenzt und der Zusammenbruch wird Irgendwann kommen, rein mathematisch.

Die Frage ist was kommt dann und wie sieht es bis dahin aus.

Es bringt jetzt nichts über die Fehler der Vergangenheit zu reden und die Untaten der Regierungen der letzten Jahrzehnte, nein reden wir über das Heute, und die Ist Situation.

Herr Paasch, ich möchte Sie bitten versuchen Sie nicht diese Zahlen zu zerreden. Wir wissen alle wie ernst die Lage ist und wir wissen alle, dass die Zahlen stimmen.

Wir sollten aufhören mit den gegenseitigen Anfeindungen und die Probleme und Herausforderungen angehen.

Wir wissen auch, dass dies nicht einfach ist, wir wissen auch, dass die DG, ja Belgien, das bestehende Kreditgeldsystem nicht abändern kann und wir wissen wie schwierig es ist diese Problematik in Brüssel anzusprechen, aber es bringt nichts dies immer weiter vor uns zu her zuschieben, und immer nur neue Schulden anzuhäufen.

Ich will gar nicht auf Umbuchungen und Verschiebungen eingehen, welche sie angesprochen haben, damit der Haushalt der DG irgendwann vor den Wahlen im Gleichgewicht ist.

Sie wissen besser als ich, dass dies nicht die Realität widerspiegelt und nur Kosmetik ist.

Aber Herr Paasch, ich hab in diesem Jahr einen vernünftigen Satz von ihnen zum Finanzwesen gehört:

Zitat aus einem GrenzEcho Interview:

„Ich glaube, dass Vivant in der globalen Analyse der Ursachen für verschiedene Probleme im Finanzsystem durchaus recht hat.“

Löblich diese Erkenntnis nach all dem was wir uns hierzu von ihrem Vorgänger anhören mussten, welcher uns in dieser Sache als Sektierer beschimpft hat.

Ich möchte Ihnen etwas mitteilen.

Vor ein paar Wochen war ich auf einem sehr interessanten Workshop zum Kreditgeldsystem organisiert durch die Organisation Freies Geld und die Humanwirtschaft aus Wuppertal, beides wirklich interessante Gruppierungen, welche sich seit Jahren beziehungsweise seit Jahrzehnten mit dem Thema intensiv beschäftigen.

Es waren Ökonomen anwesend, Vertreter von Bildungseinrichtungen, Mitarbeiter von Banken, bis zu den Chefetagen, ja sogar ein Schweizer war anwesend welcher eine Volksbefragung in der Schweiz zu diesem Thema organisiert.

Selten habe ich so viele Fachleute zum Thema Geld an einem Tisch gesehen.

Das Kreditgeldsystem wurde tief analysiert und man sprach Alternativen an.

Es war für mich sehr lehrreich und ich wurde bestärkt in meinen Aussagen.

Die Vivant Fraktion wird im Frühjahr einen ähnlichen Vortrag in der DG organisieren, wo sie alle natürlich herzlich eingeladen sind.

Es wäre schön Sie persönlich begrüßen zu dürfen.

Auch werden wir, wie bereits erwähnt, weitere Resolutionsvorschläge einreichen, damit dieses Thema hier im Hause intensiv besprochen werden kann.

Denn wir müssen umdenken!

Fraktion im PDG V.o.G.

Meine Damen und Herren,

wo stehen wir heute.

Alle Gliedstaaten müssen sich ständig weiter verschulden.

Der Föderalstaat muss sich ständig weiter verschulden.

Und auch die Gemeinden, nicht alle in der DG, aber ein Großteil in Belgien, müssen sich ständig weiter verschulden.

Und auch die Verschuldung der privaten Haushalte ist auf einem sehr hohen Niveau.

Und auch wenn der Zins niedrig ist, er muss erwirtschaftet werden.

Und wer tut dies noch in Belgien.

Nein, unsere Minister tun dies nicht, und nein, ein Großteil der Bevölkerung auch nicht, wir haben eine viel zu hohe Staatsquote –

Meine Damen und Herren,

wo soll dies hingehen?

Es ist schade, dass die anderen Fraktionen sich dieser Diskussion versperren.

Es gibt nicht DIE Lösung,

und wir wissen nicht ob es dann direkt besser wird,

aber wir wissen, dass es so nicht weitergehen kann, und dass Lösungsansätze da sind und möglich sind.

Es ist eine Herausforderung für uns alle und ich möchte Sie bitten, öffnen Sie sich dieser Diskussion.

Denn wir sollten nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen.

Und wer für was zuständig ist, ist nicht primär.

Dem Großteil der Bürger ist es egal wer für etwas zuständig ist, Hauptsache es wird vernünftig gemacht.

Und hier möchte ich einige Ideen der Vivant Fraktion aufgreifen.

Fraktion im PDG V.o.G.

Als wir im Frühjahr diesen Jahres unseres Resolutionsvorschlag zur Problematik der katastrophalen Straßenzustände eingereicht haben, ging es uns um eine sachliche Debatte und wir hatten klare Vorstellungen wie man diesen Missstand ändern könnte.

Dies kann niemand hier im Hause bestreiten, sonst hätte man unseren ursprünglichen Text nicht zu Einhundert Prozent übernommen, bis auf die Überschrift.

Uns ging es um eine pragmatische Verbesserung der Missstände, auf dem ganzen Gebiet der wallonischen Region.

Wir waren uns in vielen Punkten einig, und ja, einige Elemente von Ihnen waren sinnvoll.

Nur, dann haben Sie sich in alten Verhaltensmustern verstrickt und überlegt wie man die Macht weiter ausbauen kann.

Das interessiert den Bürger aber nicht.

Ich erinnere Sie: ein Großteil der Bevölkerung möchte keine neuen Zuständigkeiten für die DG.

Und die Reaktionen des zuständigen wallonischen Ministers konnte man ja in der Presse erfahren.

Ich möchte Sie bitten, hören Sie auf mit dem Spiel um den Machtausbau.

Versuchen Sie sachlich und pragmatisch Lösungen zu finden und trennen Sie sich von alten Verletzungen.

Der Schuss kann auch nach hinten losgehen.

Meine Damen und Herren,

in den letzten Jahren hab ich Ihnen immer wieder versucht anhand von Statistiken und Graphiken die Problematik der Staatschuld klarzumachen.

Unsere Analysen und Prognosen haben sich in vielen Bereichen bewahrheitet.

Auch ist erfreulich zu hören, dass man in anderen Ländern zeigt, dass man gewillt ist sich von alten Verhaltensmustern zu trennen.

In Finnland möchte man jetzt ein Grundeinkommen einführen, auch wenn dies auf Kritik stößt, wird eine Debatte angeregt.

Seit 18 Jahren tritt Vivant für eine Diskussion in dieser Sache ein, und wir bleiben weiter am Ball, werden weiter diese und andere Themen sensibilisieren. Island ist vor Jahren bereits andere Wege in der Finanzpolitik gegangen und hat Banken in die Verantwortung genommen. Heute steht Island weitaus besser da als anderen EU Länder.

Meine Damen und Herren,

das alte Spiel der klassischen Politik ist vorbei.
Und der Bürger kann sich nicht zu den Gewinnern zählen.

Nur in Dänemark ist der Steuerdruck noch höher als in Belgien, wie aus einer neuen Analyse der EU-Kommission hervorgeht.

Auch hier ein Hinweis an die Regierungsparteien, welche aufgrund der Nicht-Kontrolle der Regierung mehr Zeit haben als die Opposition, machen Sie daraus ein Video, erklären Sie den Bürgern was er alles zahlt und wie man im Vergleich mit anderen Ländern damit umgeht.

Noch etwas zum Schluss.

Wir fordern nicht, dass generell mehr Geld ausgegeben wird, bitte Herr Paasch werfen Sie uns nicht mit anderen in einen Topf.

Wir fordern, dass da gespart wird wo Geld falsch ausgegeben und teilweise verschwendet wird.

Wir fordern, dass Sie sich mit den aktuellen Problemen befassen sich mit den Zahlen der Verschuldung auseinandersetzen und sich Lösungswege anschauen.

Wir fordern, dass Sie sich um die reale Bedürfnisse der Bürger kümmern.

Wir fordern, dass Sie dem Bürger ein offenes Ohr schenken.

Wir fordern, dass Sie sich den Herausforderungen der Zukunft stellen.

Wir fordern, dass Sie ganz einfach Ihre Arbeit machen, für die Sie vom Bürger den Auftrag bekommen haben.

Wir fordern, dass Sie Aufhören sich von alten Gedankenmustern zu leiten, welche bewiesen haben, dass sie falsch sind.

Wir fordern, dass Sie Umdenken!

Dass dies alles nicht einfach ist, das wissen wir, einiges könnte schnell gehen, manche Dinge brauchen Zeit.

Aber auch der beschwerlichste Weg beginnt mit einem Schritt.

Und den Schritt sollten sie wagen.

Wir werden diese Schritte angehen, egal welcher Gegenwind uns entgegenkommt.

„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“
Hat Gustav Heinemann einmal gesagt.

In diesem Sinne –

Bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.